

Beschluss des Landrats vom 16.11.2023

Nr. 220

12. Keine boden- und landschaftsfressenden Überklassifizierungen 2021/188; Protokoll: ps

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) erläutert, mit dem Postulat habe Regula Waldner den Regierungsrat gebeten, ausserorts die Überklassifizierung im Strassenbau zu reduzieren. Ausserdem sollen die Bedürfnisse des Langsamverkehrs besser berücksichtigt und mit dem Boden schonender umgegangen werden. Zudem soll die Versickerungsfähigkeit des Regenwassers verbessert werden. Der Regierungsrat ging im Postulatsbericht und in der Kommission auf die diversen Punkte ein. Dem Regierungsrat seien keine Ausbauten bekannt, die auf Überklassifizierungen zurückzuführen seien. Die anderen Themen werden im Rahmen der Interessensabwägung bei Ausbauten, Instandsetzungen und Instandhaltungen ausreichend berücksichtigt und seien immer wieder ein Thema bei den Fachleuten. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben. In der Kommission gab es Diskussionen und Nachfragen, die im Kommissionsbericht nachgelesen werden können. Nachfragen seitens Kommission machten deutlich, dass die angesprochenen Themen wichtig sind. Die Verwaltung zeigte auf, dass ihr Handlungsspielraum aus verschiedenen Gründen sehr begrenzt ist und sehr viele, zum Teil widersprüchliche Anliegen und Interessen erfüllt werden müssten. Für die Ingenieure im Tiefbauamt sind die Normen des Verbands der schweizerischen Strassenfachleute (VSS) die wichtigste Grundlage für die Projektierung. Aufgrund dieser Vorgaben schafft der Kanton auch eigene Richtlinien; so wurde beispielsweise die Strassenbreite im Rahmen der Sparbemühungen reduziert und ist heute eher an der unteren Bandbreite des Möglichen festgelegt. Ausserdem engagiere sich der Kanton in den Normierungsgremien. Seitens Kommission wurde gefragt, ob diese Normen und Richtlinien aufgrund der Klimastrategie angepasst wurden. Dies sei bisher nicht erfolgt. In die Interessensabwägung würden selbstverständlich auch die Bedürfnisse des Langsamverkehrs und der Bauern einfließen. Leider seien meistens die Platz- und auch Besitzverhältnisse so knapp, dass es viel zu wenig Spielraum gebe, um alle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Dann gingen die Sicherheit und der Verkehrsfluss vor. Ausführlich dargelegt wurde das Anliegen der Versickerungsfähigkeit von Strassenbelägen. Das Problem bei versickerungsfähigen Belägen sei, dass das Wasser eindringe und im Belag bleibe. Gefriert dieses Wasser im Winter und werde dies durch Salz noch verstärkt, gebe es Frostschäden, welche zu teuren Unterhaltsarbeiten führten. Dies vermindere die Lebensdauer von Strassenbelägen markant. Dies sei teuer und es gebe keine gute Lösung. Die Lösung müsse in der Versickerung «über die Schulter» gesucht werden, was zur Folge haben, dass die Böden am Rand der Strasse verschmutzt würden und je nachdem später entsorgt werden müssten. Dies freue die Landwirte nicht. Aufgrund der Erklärungen und der Erkenntnis, dass der Handlungsspielraum sehr klein ist, sind die Möglichkeiten zur Umsetzung der Anliegen des Postulats sehr gering. Deshalb beantragt die Kommission dem Landrat mit 11:1 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Urs Schneider (SVP) sagt, baue man eine Strasse, prallten verschiedenste Interessen aufeinander und Konflikte seien vorprogrammiert. Velos, die einen abgetrennten Streifen wünschten, die Strasse, die das Kreuzen von Lastwagen ermöglichen sollte, und die Landwirtschaft, die möglichst wenig Land geben wolle. Am Schluss leidet die Natur. Der Regierungsrat geht das Thema sensibel an. Man hält sich an die vorgegebenen Normen. Vieles ist wünschenswert, aber es kann nicht alles umgesetzt werden: Für die einen wäre eine breite Strasse toll, für die anderen keine Strasse. Aber trotzdem müssen die Gegebenheiten akzeptiert werden. Die SVP-Fraktion ist mit der Beantwortung des Postulats einverstanden und für dessen Abschreibung.

Désirée Jaun (SP) hält fest, im Bericht werde nachvollziehbar dargelegt, nach welchen Rahmenbedingungen Strassenklassifizierungen vorgenommen werden. Vieles wird auf Normen und Richtlinien des VSS abgestützt. Je nach Projekt werden die Interessen individuell abgewogen. Dazu gehört gemäss Aussage des Kantons auch, dass die Interessen des Langsamverkehrs berücksichtigt werden und schonend mit dem Boden umgegangen werden soll. Wichtig ist jedoch, dass die Voraussetzungen laufend überprüft werden; auch Strategien können für deren Änderung sorgen, nicht nur VSS oder sonstige Normen und interne Richtlinien, so beispielsweise die Klimastrategie. Es geht um Rahmenbedingungen und Normen – nicht um Gesetze – und diese müssen gelegentlich an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Je nach Projekt ist der Kanton eher noch zögerlich unterwegs – oder zumindest gewisse seiner Fachabteilungen. Es wurde jedoch versichert, dass an verschiedenen Themen gearbeitet werde, wie zum Beispiel am Thema Versickerung, das in der UEK sehr ausgiebig diskutiert wurde. Auch im Strassenbau sollen Schwammstadtprinzipien – unter Berücksichtigung des Gewässerschutzes – umgesetzt werden können. Offenbar ist der Kanton auch in Kommissionen vertreten, in denen die VSS-Normen gelegentlich überarbeitet werden. Auf diesem Weg sollen auch die Anliegen aus der Klimastrategie eingebracht werden. Inwiefern die Normen tatsächlich angepasst werden, ist fraglich. Grundsätzlich ist es wichtig, dass die strategischen Überlegungen endlich in allen Projekten berücksichtigt werden, insbesondere auch in Infrastrukturprojekten, und proaktiv durch den Kanton umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass der Standard angepasst wird. Ein Beispiel dafür wäre die Materialisierung bei Strassenbauprojekten. Aktuell geht man in vielen Fällen noch davon aus, dass Trottoirs einfach asphaltiert werden ohne Versickerungsmöglichkeiten. Diese Aspekte müssen durch die Gemeinden eingefordert werden. Dies wäre ein Ansatzpunkt. Auch wenn noch viel zu tun ist, wurde berichtet, und deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Abschreibung des Postulats ebenfalls.

Robert Vogt (FDP) erklärt, bereits im Bericht des Regierungsrats werde die Bodenklassifizierung sehr transparent dargelegt. Zudem konnten im Rahmen der Kommissionsberatung viele Detailfragen gestellt werden. Deshalb ist auch die FDP-Fraktion der Meinung, das Postulat könne abgeschrieben werden.

Simon Tschendlik (Grüne) merkt an, auch die Grüne/EVP-Fraktion sei der Auffassung, das Postulat sei befriedigend beantwortet worden. Die angewandten Standards werden schlüssig aufgezeigt und machen Sinn. Dass gewisse Fachabteilungen nicht ausreichend konsultiert wurden, ist in den meisten Fällen auf einzelne Fehler zurückzuführen und eher die Ausnahme als die Regel. Es wird sehr effizient, zielführend und mit dem nötigen Augenmass gearbeitet – ein grosses Dankeschön geht an dieser Stelle an die engagierten Mitarbeitenden des Kantons. Obwohl die Fragen zufriedenstellend befriedigend beantwortet wurden, tauchten für die Grüne/EVP-Fraktion auch Fragen auf, die nicht einfach in einer Schublade verschwinden können. Insbesondere die augenfällig stärkere Anwendung künstlicher und technischer Lösungen statt nachhaltiger und günstigerer ingenieurbioologischer Massnahmen bedarf einer Nachjustierung. Dazu wird sich die grüne Fraktion nochmals mit Vorstössen melden.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) erklärt, die Verwaltung habe glaubhaft darlegen können, dass Strassenbauprojekte sorgfältig geprüft, die Betroffenen möglichst frühzeitig eingebunden werden. Es gibt auch diverse technische und sicherheitsrelevante Normen und Regeln, an welche die Verwaltung gebunden ist. Deshalb erscheint die heutige Praxis als gegeben. Bei den Kantonsstrassen sind eine Vielzahl an gegenläufigen Interessen und Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmenden vorhanden. Diese müssen berücksichtigt werden – es wird vor Ort entschieden, welche nun wichtiger sind, und einmal diese, einmal jene, und die Leute werden eingebunden. Der vorhandene Platz ist meist beschränkt und es gilt auch, dem Unterhalt der Strassen Rechnung zu tragen. Die Verwaltung konnte aufzeigen, dass der Spielraum für die Erfüllung der Postulatsanliegen stark be-

schränkt ist. Nach Ansicht der Mitte-Fraktion soll der Spielraum konsequent für weniger Landverbrauch genutzt werden. Auch die Mitte-Fraktion ist für Abschreiben des Postulats.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 77:0 Stimmen wird das Postulat 2021/188 abgeschrieben.
